

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Faire Bedingungen für alle Arbeitgeber in Mecklenburg-Vorpommern – Wirtschaft anerkennen und einseitige Werbekampagnen stoppen

Der Landtag möge beschließen:

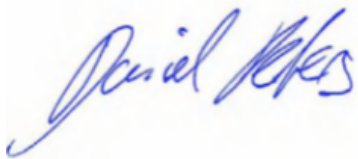
I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Landesregierung hat eine Postkartenkampagne gestartet, mit der für Jobs im öffentlichen Dienst geworben wird. Dabei wird die Botschaft vermittelt, dass nur im öffentlichen Dienst faire Arbeitsbedingungen herrschen. Diese Darstellung stellt eine Herabwürdigung der privaten Arbeitgeber dar, die das wirtschaftliche Fundament des Landes bilden und die Mehrheit der Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern bereitstellen.
2. Die Kampagne führt in Zeiten des Fachkräftemangels zu einer Verschärfung des Wettbewerbs um Arbeitskräfte zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft. Das Land darf, gerade in Zeiten einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung, nicht zum Wettbewerber der privaten Unternehmen um Fachkräfte werden, sondern muss attraktive Rahmenbedingungen für alle Arbeitgeber schaffen.
3. Eine ausgewogene Wirtschaftspolitik muss private Unternehmen würdigen, deren Innovationskraft und Steueraufkommen die Grundlage für die Finanzierung des öffentlichen Sektors bilden. Eine einseitige Werbung für den öffentlichen Dienst schwächt das Vertrauen in die Landesregierung und die Wirtschaftspolitik des Landes.
4. Statt den öffentlichen Dienst als attraktivere Alternative zur privaten Wirtschaft darzustellen, ist mit Blick auf die demographische Entwicklung der Fachkräftebedarf der Landesverwaltung durch Effizienzsteigerungen, insbesondere mittels Aufgabenkritik, Prozess- und Organisationsoptimierung sowie Digitalisierung und moderne Technik signifikant zu verringern, damit der öffentliche Dienst nicht einen immer höheren Anteil des sinkenden Arbeitskräftepotenzials in Mecklenburg-Vorpommern für sich beansprucht und damit den Unternehmen immer mehr Fachkräfte entzieht.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die einseitige Postkartenkampagne umgehend einzustellen und sicherzustellen, dass bei künftigen Werbemaßnahmen eine ausgewogene Darstellung des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft beachtet wird,
2. gemeinsam mit den Unternehmensverbänden eine Informationskampagne zu entwickeln, die die Bedeutung und Attraktivität von Mecklenburg-Vorpommern als Ort zum Leben und Arbeiten hervorhebt, die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten in der

- privaten Wirtschaft und der Verwaltung darstellt und die Stärken des Landes als Wirtschafts- und Lebensstandort betont,
3. eine Strategie zu erarbeiten, die die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft stärkt, um dem Fachkräftemangel gemeinsam zu begegnen, anstatt die Wirtschaftssektoren gegeneinander auszuspielen,
 4. die bereits bestehenden vier Kategorien des Preises „Unternehmer des Jahres“ um eine fünfte Kategorie „Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Gesellschaft“ zu erweitern, wobei für eine Preisverleihung Unternehmer in Betracht kommen sollen, die erfolgreich mit Behörden, Kommunen oder dem öffentlichen Dienst, etwa in Form öffentlich-privater Partnerschaften, kooperieren,
 5. dem Landtag bis zum 30. September 2025 zu berichten, wie die Landesregierung sicherstellen will, dass zukünftige Werbemaßnahmen für den öffentlichen Dienst die Leistungen der privaten Wirtschaft angemessen berücksichtigen,
 6. dem Landtag bis zum 30. September 2025 zu berichten, in welchem Maße und in welchen Schritten die Landesregierung den Fachkräftebedarf der Landesverwaltung durch Effizienzsteigerungen zu verringern beabsichtigt, damit diese nicht einen immer höheren Anteil des sinkenden Arbeitskräftepotenzials in Mecklenburg-Vorpommern für sich beansprucht.



Daniel Peters und Fraktion

Begründung:

Die aktuelle Postkartenkampagne der Landesregierung vermittelt ein verzerrtes Bild der Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern. Indem sie suggeriert, dass nur der öffentliche Dienst faire Arbeitsbedingungen bietet, wertet sie private Unternehmen ab, die den Großteil der Arbeitsplätze bereitstellen und die wirtschaftliche Grundlage des Landes bilden.

In Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels ist es unverantwortlich, den Wettbewerb um Arbeitskräfte durch staatliche Werbemaßnahmen weiter zu verschärfen. Vielmehr ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Landes zu stärken.

Die Landesregierung muss sicherstellen, dass in Zukunft alle Werbemaßnahmen eine faire und ausgewogene Darstellung aller Arbeitgeber enthalten und die Rolle der privaten Wirtschaft für die Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns angemessen gewürdigt wird.

Wie vom Finanzminister selbst wiederholt ausgeführt, muss die Landesverwaltung zudem in Zukunft deutlich effizienter werden, damit sie nicht einen immer höheren Anteil des sinkenden Arbeitskräftepotenzials in Mecklenburg-Vorpommern für sich beansprucht und damit den Unternehmen Fachkräfte entzieht.